

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser

Sie halten das letzte Bulletin des sich langsam zu Ende neigenden Jahres in der Hand. Ausnahmsweise möchte ich an dieser Stelle nicht über den weitgehend reibungslosen Politbetrieb in Langenthal schreiben. Erlauben Sie mir einige persönliche Gedanken.

Ich bin vor 25 Jahren als «deutsche Migrantin» in die Schweiz gekommen. Das Beeindruckendste war für mich damals das politische System der direkten Demokratie auf allen Stufen des Staatswesens, was noch heute der Antrieb dafür ist, mich politisch zu engagieren. In meiner alten Heimat durfte ich alle 4 Jahre wählen gehen, das war's dann schon mit der politischen Mitgestaltung. Dagegen kam mir das föderalistische System meiner neuen Heimat mit den direktdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten paradiesisch vor. Ich verspürte Freiheit, Wertschätzung des Bürgers und die Möglichkeit, echt an Entscheidungen teilzunehmen. Umso stärker betrübten mich die aktuellen Tendenzen, sich mit neuen Verträgen an die EU zu verkaufen und die Werte, die die Schweiz ausmachen opportunistisch über Bord zu werfen.

Ich habe in Deutschland erfahren, was es bedeutet, wenn Brüssel die Landwirtschaft steuert, unsinnige Klimaretungsstrategien vorgibt, und über eine unkontrollierbare Regulierungswut ein Land faktisch übernimmt. Ein Brüssel, das die von Jacques Delors installierte zentralistische Einflussnahme zur Perfektion entwickelt hat. Delors, ein französischer Sozialist und schuldentreibender ehemaliger Finanzminister.



Corinna Grossenbacher

Was die EU ausmacht, hat nichts, aber auch gar nichts mit den Werten der Schweiz zu tun, die mich vor 25 Jahren faszinierten und heute immer noch begeistern. Wenn ich in meinen Freundeskreis in Deutschland schaue, hat sich auch bei meinen Landsleuten die seinerzeit verhaltene bis grosse Begeisterung für diese supranationale Gebilde in grösste Skepsis verwandelt!

Wenn unser «petit Paradis», wie unsere Heimat von Johann Schneider-Ammann zu Recht genannt wird, erhalten bleiben soll, dann müssen die EU-Verträge bachab geschickt werden. Dies gelingt uns nur, wenn wir alle in unserem Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis die Konsequenzen aufzeigen und gegen den falschen Zeitgeist mobil machen.

Ich bin besorgt und trotzdem hoffnungsvoll. Euch und Euren Familien wünsche ich einen erfolgreichen Endspurt im 2025 und ein 2026 in Freiheit und Selbstbestimmung.

Corinna Grossenbacher
Parteipräsidentin und Stadträtin



Patrick Freudiger

BUDGET 2026 – AUF KURS, ABER NOCH NICHT AM ZIEL

Am 30. November 2025 werden die Langenthaler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über das Budget 2026 befinden. Gemeinde- und Stadtrat konnten das Defizit im Vergleich zu früheren Budgets reduzieren, allerdings bleibt noch viel zu tun.

Die Voraussetzungen für den Budgetprozess waren herausfordernd: Der letztjährige Finanzplan prognostizierte für das Jahr 2026 ein Defizit von 5,27 Mio. Fr. Gleichzeitig fallen per 2026 die buchhalterischen Erträge aus der Auflösung der Neubewertungsreserve weg.

Zielsetzungen verschärft

Trotz dieser Ausgangslage hat sich der Gemeinderat anfangs Jahr entschieden, die Budgetvorgaben gegenüber früheren Jahren zu verschärfen. Anstatt einer Defizitobergrenze von CHF 4 Mio. hat er für den Budgetprozess eine Obergrenze von nur noch CHF 2 Mio. Defizit im steuerfinanzierten Haushalt vorgegeben. Der Grund für die geschärften Vorgaben liegt auf der Hand: Langenthal hat zwar noch einen ansehnlichen Bilanzüberschuss von ca. CHF 69 Mio. (Stand 2024). Gemäss dem letztjährigen Finanzplan wäre aber

allein in den Jahren 2025-2029 ein Abbau von über 22. Mio. vorgesehen. Für die Zukunft stehen zudem voraussichtlich mehrere grössere Vorhaben an (Sanierung/Neubau Kindergärten, Sanierung Schulhäuser, Eisstadion usw.). Der Selbstfinanzierungsgrad für Investitionen liegt dabei nur bei 37 % (Rechnung 2024) bzw. noch tiefer (Prognosen 2025 und 2026), d.h. nur rund 37 Rappen pro investiertem Franken (bzw. noch weniger) kann die Stadt aus eigenen Mitteln stemmen. Der Rest ist fremdfinanziert. Langenthal hat entsprechend seit dem Jahr 2024 auch wieder Nettoschulden, das Fremdkapital liegt über dem Finanzvermögen. Weist die jährliche Rechnung Defizite aus, drückt das die Selbstfinanzierung nach unten. Die Zeit der vielen onyx-finanzierten Leuchtturm-Projekte ist leider vorbei.

Defizit halbiert

Das Budget 2026 sieht mit derselben Steueranlage von 1,44 ein Defizit von 2,6 Mio. im steuerfinanzierten Haushalt vor (unter Einrechnung der Spezialfinanzierungen: CHF 2,87 Mio.). Das Defizit konnte damit gegenüber dem letztjährigen Finanzplanwert für 2026 praktisch halbiert werden. Grund für diese Verbesserungen war vorab eine «schärfere» Budgetierung mit dem Ziel, «Luft» aus Budgetposten zu nehmen. Ein diszipliniertes Vorgehen der Verwaltung trug zu dieser Verbesserung massgeblich bei. Das Budget enthält aber auch Kürzungen von Ausgaben, die bisher erbracht worden sind. So dann liessen sich, ohne Veränderung der Steueranlage, die Steuerprognosen z.T. anhand der verfügbaren Zahlen für 2024 verbessern (z.B. Liegenschaftssteuern). Mit diesen Massnahmen konnten zwar die Zielvorstellungen eines Defizits von CHF 2 Mio. noch nicht ganz erreicht werden. Der Finanzplan sieht bis 2030 bei gleichbleibender

Steueranlage aber weitere Verbesserungen vor und prognostiziert Defizite zwischen CHF 1,33 und 2,08 Mio. pro Jahr. Noch nicht eingerechnet sind dabei mögliche Mehreinnahmen aufgrund einer Zentrumslastenabgeltung für Langenthal, wie sie im Grossen Rat aktuell zur Diskussion steht.

Attraktive Steueranlage

Mit einer Steueranlage von 1,44 ist Langenthal im Vergleich mit anderen bernischen Gemeinden sehr attraktiv aufgestellt. Auch wenn die Attraktivität einer Gemeinde nicht nur über die Steueranlage definiert wird, sind gerade für einen Wirtschaftsstandort wie Langenthal steuerlich gute Rahmenbedingungen wichtig. Ebenso klar ist aber, dass für eine attraktive Steuersituation vor allem der Kanton seine überdurchschnittlich hohe Steuerlast senken muss. Die vom Grossen Rat akzeptierte Steuerstrategie sieht deshalb auf Stufe Kanton Steuersenkungen im Wert von 500 Mio. CHF bis 2030 vor, damit unser Kanton steuerlich ins Mittelfeld vordringen kann.

Erhöhung des baulichen Unterhalts

Trotz Priorisierungen und Kürzungen sieht das Langenthaler Budget auch gezielt Intensivierungen von städtischen Bemühungen vor. So ist anerkannt, dass bei den städtischen Liegenschaften ein aufgestauter Unterhaltsbedarf besteht. In der Vergangenheit lagen die real eingesetzten Mittel für den baulichen Unterhalt regelmässig über den budgetierten Werten. Das Budget erhöht nun die verfügbaren Mittel im jährlichen baulichen und betrieblichen Unterhalt der Erfolgsrechnung auf CHF 2,75 Millionen. Der Stadtrat hat mit erfreulicher Einigkeit über die Parteigrenzen hinweg das Budget einstimmig verabschiedet. Am 30. November 2025 hat das Volk das letzte Wort. Es wäre erfreulich, wenn die Stimmberechtigten

die Verbesserungen im Budget gegenüber den Vorjahren und den überparteilichen Konsens mit einem Ja zum Budget honorieren.

Finanzstrategie erforderlich

Trotz der Verbesserungen bleibt Handlungsbedarf bestehen. Die Einhaltung der Prognosen in den künftigen Finanzplanjahren wird finanzpolitische Disziplin erfordern. Nach wie vor klar ungenügend ist zudem der Selbstfinanzierungsgrad. Der Investitionsplan sieht für die Jahre 2026-2030 Vorhaben von ca. 137 Mio. Fr. vor (vor Abzug von Subventionen). Das Eisstadion ist in diesen Zahlen noch nicht eingerechnet. Für die hierbei im Jahr 2026 vorgesehenen Investitionen sind nur 13,5 % durch eigene Mittel finanziert. Der Gemeinderat hat diese Herausforderungen erkannt und ebenso, dass eine problematische Diskrepanz zwischen geplanten und realisierten Investitionen besteht. 2024 waren z.B. CHF 37,3 Mio. für Investitionen geplant, realisiert wurden nur CHF 8,6 Mio. Eine erste Analyse hat gezeigt, dass die bestehenden finanziellen Steuerungsinstrumente bislang nur begrenzt aufeinander abgestimmt sind. In Langenthal fehlt eine verschriftlichte Finanzstrategie. Um die finanzpolitische Ausrichtung zu schärfen und eine verbesserte mittelfristige Planung zu gewährleisten, hat der Gemeinderat ein Projekt für eine Finanzstrategie gestartet. Diese soll finanzstrategische Ziele festlegen, Massnahmen definieren und möglichst noch 2025 verabschiedet werden. Gemeinde- und Stadtrat werden damit (weiter) gefordert sein, eine finanzpolitische Konsolidierung zu erreichen und verlässliche Kriterien für eine Priorisierung von Investitionen zu erarbeiten.

Patrick Freudiger

Gemeinderat, Ressort Finanzen
Grossrat

ERBSCHAFTSSTEUER-INITIATIVE

Die JUSO-Erb-schaftsteuer-Initiative mit offizieller Bezeichnung «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» fordert eine 50-prozentige Steuer auf Erbschaften und Schenkungen ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Wohlhabende Familien berücksichtigen bei der Nachlassregelung häufig auch Stiftungen und teilen ihr Vermögen auf mehrere Nachkommen auf. Daher ist davon auszugehen, dass von der neuen Steuer nur Nachlässe mit einem Gesamtvermögen von über rund 180 Millionen Franken betroffen wären. Würde eine Familie z.B. 180 Millionen Franken zu gleichen Teilen an zwei Kinder und eine Stiftung vererben, müssten die Erben – nach Abzug des Freibetrags – auf ihrem Anteil von 60 Millionen Franken jeweils rund 5 Millionen Franken an Steuern entrichten. Man könnte argumentieren, dass die Steuer damit nur Superreiche betrifft und zu einer gerechteren Vermögensverteilung beiträgt – doch dieser Schluss greift zu kurz.

Der Steuerertrag soll gemäss Initiativtext zweckgebunden «zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft» eingesetzt werden.

Da die neue Steuer gemäss JUSO-sicht Milliarden einbringen und für die Bekämpfung der Klimakrise eingesetzt werden soll, wird damit implizit eingestanden, dass die Energiewende zusätzlich jährliche Kosten in Milliardenhöhe verursacht. Dies steht im Widerspruch zu häufig geäusserten Behauptungen, wonach Solarenergie billiger als konventionelle Energie ist und es für eine rasche Energiewende lediglich am politischen Willen fehle.

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt, das nur mit technischer Innovation aus Forschung und Wirtschaft gelingen kann. In dieser Hinsicht wirkt die Initiative kontraproduktiv, da sie wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft hemmt und stark auf staatliche Steuerung setzt.

Gerne erläutere ich dies im Folgenden weiter, wobei ich mir auch einen Blick auf die bisherige Erbschaftssteuerpraxis erlaube und auf die Be-



Daniel Huber

deutung von Eigentumsrechten für eine Gesellschaft sowie deren Zusammenhang mit den Erbschafts- und Vermögenssteuern eingehe.

In der Schweiz werden die Erbschaftssteuern auf kantonaler Ebene geregelt. In vielen Kantonen sind direkte Nachkommen und Ehegatten davon befreit. Geschwister, Neffen, Nichten und Freunde zahlen je nach Verwandtschaftsgrad und Kanton zwischen 5 und 50 Prozent.

Im Allgemeinen verfügen westliche Staaten über ausgeprägte Eigentumsrechte, die den Schutz persönlicher Freiheiten sichern und stabile, prosperierende Gesellschaften ermöglichen. Wer sicher weiß, dass sein Eigentum geschützt ist, kann wirtschaftlich unabhängig und sozial handeln. Er ist bestrebt und motiviert seinen Besitz durch Arbeit zu erhalten oder gar zu mehren. Diese Leistungsmotivation führt über Generationen zu einer wohlhabenderen Gesellschaft, als dies – wie zahlreiche historische Beispiele zeigen – in kollektivistischen Systemen ohne Privateigentum möglich wäre. Dieser Wohlstand erlaubt Investitionen in soziale Wohlfahrt und Naturschutz - wovon letztlich die gesamte Gesellschaft profitiert.

Wohlfahrt und Naturschutz beruhen somit nicht zuletzt auf starken Eigentumsrechten und der daraus entstehenden Arbeits- und Leistungsmotivation. Zusammen mit dem Wettbewerbsdruck, dem Individuen und Unternehmen ausgesetzt sind, entsteht dadurch der Fortschritt, der nötig ist, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Eine Weltbevölkerung von neun Milliarden

Menschen lässt sich nicht durch Selbstversorgung und «Degrowth» ernähren.

Da Erbschafts- und Vermögenssteuern stark in die Eigentumsrechte eingreifen, werden diese in den meisten OECD-Staaten nur moderat oder gar nicht erhoben.

Die Schweiz ist eines der wenigen OECD-Länder, das noch eine aktive Vermögenssteuer hat. Diese ist progressiv ausgestaltet und liegt in vielen Kantonen zwischen 0.1% und 1% pro Jahr.

Was die Erbschaftssteuer betrifft, so sind direkte Nachkommen und Ehegatten in den meisten OECD-Staaten befreit oder für diese werden hohe Freibeträge gewährt. Zudem gelten spezielle Steuererleichterungen für Vermögen, das in Unternehmen gebunden ist, um deren Abwanderung oder Zerschlagung infolge eines Generationenwechsels zu unterbinden. Genau solche Ausnahmen sieht die JUSO-Initiative jedoch nicht vor. Sie würde damit die Abwanderung von Familien- und Traditionsunternehmen begünstigen und deren Zuzug erschweren.

Die Initiative zielt auf sehr wohlhabende Familien mit hohem Vermögen. Oft besteht deren Vermögen nicht nur aus liquiden Mitteln, sondern ist grösstenteils im eigenen Unternehmen gebunden. Um die geforderte Erbschaftsteuer bezahlen zu können, müssten die Erben die Unternehmen verkaufen oder teilliquidieren. Als Käufer würden in diesem Fall auch ausländische Investoren auftreten. Dadurch gingen familiengeführten Schweizer Traditionsunternehmen zunehmend in ausländischen Besitz über.

Zur Vermeidung der Steuer würden zudem betroffene Unternehmen ihren Sitz ins Ausland verlegen oder gar nicht erst in die Schweiz ziehen. Dies führte zu Gewinn- und Vermögenssteuer ausfällen, die die erwarteten Zusatzeinnahmen übersteigen könnten. Laut Schätzungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung – gestützt auf eine Studie der Universität Lausanne und kantonale Umfragen – ist netto sogar mit Mindereinnahmen von bis zu 3,5 Milliarden Franken zu rechnen.

Um Steuerumgehung zu verhindern, sieht die Initiative eine rückwirkende Anwendung der

Ausführungsbestimmungen vor. Das bedeutet, dass die neue Steuer auf Nachlässe und Schenkungen unmittelbar ab Annahme der Initiative und noch vor ihrer Umsetzung gelten würde. Damit soll verhindert werden, dass Betroffene das Abstimmungsergebnis abwarten und bei Annahme abwandern. Zwar hat der Bundesrat diese Rückwirkungsklausel entschärft, doch Kritiker sehen weiterhin erhebliche Unsicherheiten in der Umsetzung. Diese Unsicherheit wirft bereits heute ihre Schatten voraus: Noch verlassen zwar wenige Vermögende das Land, doch viele prüfen entsprechende Schritte unabhängig vom Ausgang der Abstimmung. Potenzielle Zuzüger meiden die Schweiz bereits jetzt wegen der drohenden rechtlichen und steuerlichen Instabilität. Damit gefährdet die Initiative das internationale Vertrauen in die Schweiz als verlässlichen und stabilen Wirtschaftsstandort – wie etwa Economiesuisse betont.

Natürlich brauchen Systeme, in denen die Produktionsmittel überwiegend in privater Hand liegen, Umverteilungsmechanismen, um eine zu starke Konzentration von Wohlstand zu verhindern. In westlichen Demokratien geschieht dies durch progressive Steuersysteme. Moderate Erbschaftssteuern von etwa 1 bis 3 Prozent könnten hierzu ebenfalls einen Beitrag leisten. Diese wären allenfalls sogar mehrheitsfähig und könnten auch von den Betroffenen akzeptiert werden. Die Juso-Initiative, mit einer 50%-Steuer auf grossen Vermögen ist jedoch viel zu extrem. Wirtschaftsleistung und Innovationskraft würden dadurch geschwächt. Die längerfristig negativen Effekte würden die kurzfristigen zusätzlichen Steuereinnahmen deutlich übersteigen. Deshalb und weil die Energiewende nur mit erfolgreichen Innovationen prosperierender Unternehmen gelingen kann, empfiehlt sich eine Ablehnung der JUSO-Erb-schaftsteuerinitiative.

Daniel Huber

Vizepräsident und Stadtrat



Gabriela Lingg-Zaugg

Liebe Leserinnen und Leser

Mein Name ist Gabriela, oder Gabi, Lingg. Ich bin das neuste Mitglied im Stadtrat und freue mich sehr auf diese Herausforderung.

Aufgewachsen bin ich in Niederbipp, zusammen mit zwei Brüdern. Bis zur 8. Klasse bin ich auch da zur Schule gegangen. Danach zog es mich immer mehr in Richtung Langenthal. Nach der gymnasialen Matur entschied ich mich gegen ein Studium, da ich mich viel mehr für die Pflege interessierte. Schon als Kind waren das Spital und die Arbeit mit Menschen ein Traum von mir. Damals gab es noch die Pflegeberufsschule Oberaargau-Emmental und ich durfte meine 4-jährige Ausbildung zur diplomierten Pflegefachfrau HF noch in Langenthal absolvieren. Christine Aebischer war eine Zeit lang sogar noch meine Berufsbildnerin. Nach der Ausbildung wollte ich noch meine Französischkenntnisse etwas verbessern und arbeitete für ein Jahr in Biel. Schnell wurde mir klar, dass ich wieder zurück nach Langenthal wollte. Die Nähe zu meinem Umfeld und zu der Guggenmusik hat mir schnell gefehlt. Danach arbeitete ich knapp 15 Jahre im SRO als Pflegefachfrau und als Abteilungsleiterin. Aktuell bin ich an der Berufsfachschule in Langenthal als Berufskunde-

lehrerin tätig. Ich unterrichte angehende Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit. Es ist immer wieder sehr schön, diese jungen Menschen auf ihrem Weg in die Berufswelt zu unterstützen und zu begleiten. Am schönsten ist es, wenn ich eine Klasse 3 Jahre begleiten durfte und an der Lehrabschlussfeier einen Fähigkeitsausweis überreichen kann.

Seit 17 Jahren spiele ich Trompete in der Guggenmusik Dorfbachschranzer Madiswil. Das Vereinsleben und die Fasnacht bieten einen tollen Ausgleich und erfüllen mich immer wieder mit Freude.

Ich wohne mit meinem Mann Martin und mit unseren beiden Töchtern Giulia, 8 Jahre und Anna, 5 Jahre in der Nähe des Hirschparks. Wir verbringen viel Zeit da und finden den kleinen, aber feinen Tierpark super. Wir durften dort schon viele schöne Begegnungen erleben.

Zur Politik habe ich verhältnismässig eher spät gefunden. Zwar bin ich in einer politisch aktiven Familie aufgewachsen, mich hat es aber lange nicht so interessiert. Das hat sich in den letzten Jahren stark geändert. Vor allem in der Zeit, in der wir hier unser neues Haus bauen durften, wurde mir bewusst, dass ich gerne etwas mehr mitreden würde. So habe ich mich bei den letzten Stadtratswahlen eigentlich als Listenfüllerin zur Verfügung gestellt und wurde mit einem sehr guten Ergebnis überrascht.

Ich habe nicht damit gerechnet, bereits nach einem Jahr mein neues Amt annehmen zu dürfen und freue mich sehr darüber.

Mich interessieren vor allem die Themen Gesundheit und Bildung.

Ich bin gespannt auf neue Themen und darauf, wie Langenthal sich weiterentwickelt.

Gabriela Lingg
Stadträtin

MERCI JANOSCH

Mit grossem Dank und Wertschätzung verabschieden wir Janosch Fankhauser aus der aktiven Politik. In den vergangenen Jahren hat er die SVP Langenthal sowohl in der Fraktion als auch gegen aussen hervorragend vertreten. Seit 2017 war Janosch Mitglied des Stadtrats und prägte die politische Arbeit mit viel Herzblut, Tatkraft und Weitblick. Bereits 2018 übernahm er zusätzliche Verantwortung im Fraktionspräsidium, das er bis 2025 mit grossem Engagement und Einsatz leitete.



Janosch Fankhauser

Janosch war stets mit Herzblut dabei und gab in jeder Aufgabe Vollgas – sei es in Sitzungen, Projekten oder im persönlichen Austausch. Seine positive Art, sein Humor und seine Entschlossenheit haben das politische Leben unserer Stadt Langenthal nachhaltig bereichert.



Jan Herzig



Michael Schenk

Wir danken Janosch Fankhauser herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz, seine Leidenschaft und seine wertvolle Arbeit zum Wohl unserer Stadt – und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute sowie weiterhin viel Erfolg und Freude auf seinem Weg.

Mit dem Rücktritt von Janosch Fankhauser musste auch das Fraktionspräsidium der SVP Langenthal neu besetzt werden. Es setzt sich nun wie folgt zusammen:

Jan Herzig
Fraktionspräsident

Michael Schenk
Vize-Fraktionspräsident

FRAUENAUSFLUG VOM 25.09.2025

Der letzte Frauenausflug ins Bundeshaus ist schon einige Jahre her. Es war also wieder einmal Zeit, unser Parlament zu besuchen.

Unsere jüngste Nationalrätin, Katja Riem, sagte spontan zu uns durchs Bundeshaus zu begleiten und Red' und Antwort zu stehen.

Die Einladung kam sehr gut an. Leider mussten wir aufgrund der rigorosen Anmeldungs- und Zutrittsbedingungen noch Absagen machen, wir gehen wieder einmal!

Vor Ort wurden wir von Katja sehr herzlich empfangen und durch das Gebäude geführt. Eindrücklich, diese grossartige Architektur, die Kunst am Bau und die Symbole welche immer wieder auf unsere vier Landessprachen und deren Kultur hinweisen.

Anschliessend war ein Besuch im Nationalratssaal auf dem Programm. Es wurde über die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» debattiert. Alle einleuchtenden, glaubhaften, plausiblen, schlüssigen und klaren Argumente wurden nicht anerkannt. Wir waren die letzte Stunde der über 10-sündigen Debatte dabei und erhielten einen sehr guten Eindruck unserer SVP-Vertreter und Vertreterinnen. Nun, alle Begründungen verfangen nicht. Nur unsere Fraktion stimmte der Initiative zu, schade!

Ein feines Apéro mit Chasselas des Weinhauses Riem Daepf und angeregte Gespräche mit unseren Nationalrätinnen und Nationalräten im Galerie des Alpes rundeten den Besuch ab. Danke der SVP Langenthal für den offerierten Aperitif!

Eine gemütliche Runde liess dann bei einem feinen Znacht im Rebstock den Abend ausklingen. Schön, dass ihr dabei wart!

Helen Morgenthaler





Fotos freundlicherweise zur Verfügung gestellt von: **Helena Morgenthaler**



Voranzeige

Raclette-Abend

14. November 2025



Voranzeige

**Ordentliche
Mitgliederversammlung
SVP Langenthal**

**27. Februar 2026
Restaurant Bären**



Voranzeige

**Nächster
Abstimmungstermin**

30. November 2025



Voranzeige

**SVP-Stamm, jeweils
letzter Samstag im Monat**

ab 11:00 Uhr

James, Langenthal

FOLGENDE PERSONEN UNTERSTÜTZEN DAS SVP BULLETIN

Aeberhard Heidi + Karl, Langenthal
Aeschimann Béatrice + Pietro, L'thal
Bandi Jacqueline + Andreas, L'thal
Baumgartner Michael, Langenthal
Blaser Manuel, Herzogenbuchsee

Bösiger Daniel, Langenthal
Bösiger Peter, Untersteckholz
Brand Fred, Langenthal
Bühler Elsbeth + Hans, Bannwil
Bühler Peter, Langenthal

Bürki Annemarie + Fritz, Langenthal
Burlon Ralph, Langenthal
Burlon Senta, Langenthal
Di Nino Regula + Roberto, L'thal
Flükiger Armin, Langenthal

Fluri Patrick, Langenthal
Freudiger Doris + Adolf, Langenthal
Freudiger Patrick, Langenthal
Grossenbacher Christine + Stefan,
Langenthal

Grossenbacher Corinna, Langenthal
Grütter Doris, Langenthal
Haas Doris + Robert
Hallauer Urs, Langenthal
Herzig Charlotte, Aarwangen

Herzig Jan, Langenthal
Huber Daniel, Langenthal
Hunziker Johannes, Langenthal
Jordi Susanne + Hans-Ueli, L'thal

Krummenacher Catherine + Bernhard
Langenthal
Lerch Bianchi Armida + Martin, L'thal
Leuenberger Samuel, Bannwil
Marti Christa + Rudolf, Aarwangen

Morgenthaler Helen, Langenthal
Morgenthaler Ursula, Langenthal
Oberli Stefan, Thunstetten
Richner Roland, Langenthal
Roos Patrick, Roggwil

Rufener Thomas, Langenthal
Sanmartin Celso, Langenthal
Schaad Elisabeth, Langenthal
Schaller Albert, Langenthal
Schlapbach Lars, Langenthal

Sommer Roland, Langenthal
Studer Ines + Manfred, Langenthal
Trinkler Marc, Bannwil
Trösch William, Langenthal
Wälchli Willi, Thunstetten

Waldmann Beat, Langenthal
Witschi Rose-Marie + Ernst,
Untersteckholz
Wüthrich Heinz-Peter, Langenthal
Wyler Annemarie + Hanspeter, L'thal

und weitere anonyme Spender

FOLGENDE FIRMEN UNTERSTÜTZEN DAS SVP-BULLETIN:

	
	
	
	
	
	
	
	
	
	
	

WIR DANKEN ALLEN PERSONEN UND FIRMEN HERZLICH!

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI LANGENTHAL